

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 20.03.2025

Zu TOP: 7.5

Rückgang und Stornierungen im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes

Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei

Vorlage: kAF 0024/2025

Anfrage:

1. Teilt die Verwaltung die Sorge des Hotel -und Gaststättenverbandes MV zum Rückgang und zur Stornierung von Buchungen im Hotel- und Gaststättengewerbe?
 - Wenn ja, welche Folgen sind für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Stralsund zu befürchten?
2. Wie schätzt die Verwaltung mögliche finanzielle Einbußen für die Hansestadt Stralsund in Bezug auf die daraus resultierenden Steuereinnahmen ein?
3. Wie schätzt die Verwaltung eine daraus möglicherweise resultierende Entwicklung im Bereich des Arbeits- und Fachkräftemarktes ein?

Herr Lange beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

Einleitend gibt Herr Lange einen Hinweis zur Begründung der kleinen Anfrage. Der Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes MV, Herr Lars Schwarz, äußerte in dem genannten Interview klar und nachdrücklich, dass es aufgrund des Wahlergebnisses der AfD weder einen Buchungsrückgang, noch eine Stornierungshäufung in MV gibt. Die irreführende Berichterstattung wurde ausgelöst, weil bild.de einen Artikel ohne entsprechende Recherche veröffentlicht hatte.

zu 1.:

Die Verwaltung hat derzeit keinerlei Anzeichen, dass Sorgen zum Rückgang und zur Stornierung von Buchungen im Übernachtungsbereich durch das Wahlergebnis berechtigt wären.

zu 2.:

Die Verwaltung geht davon aus, dass es mit dieser vorgebrachten Begründung zu keinen finanziellen Einbußen in Bezug auf die daraus resultierenden Steuereinnahmen kommen wird.

zu 3.:

Aus Sicht der Verwaltung haben auf die Entwicklung im Bereich des Arbeits- und Fachkräftemarktes andere wichtige Faktoren einen starken Einfluss. Hierzu zählen beispielsweise:

- gute Ausbildungsbedingungen
- interessante, moderne und zukunftssichere Jobs mit entsprechendem Lohn- und Gehaltsniveau
- hohe Wohnqualität
- sichere Lebensverhältnisse
- familienfreundliches Umfeld
- Freizeitangebote und Kultur
- ein hohes Bildungsniveau vor Ort
- und vieles anderes mehr.

Wichtig dabei ist das Bemühen, diese Faktoren ständig zu verbessern und entsprechend zu bewerben.

Herr Suhr stellt fest, dass das Statement von Herrn Schwarz nicht dementiert worden sei. Er erfragt, ob durch die Hansestadt Stralsund derartige Tendenzen erfasst werden.

Herr Lange führt aus, dass keine wissenschaftliche Auswertung stattgefunden habe. Vielmehr seien die Daten der Tourismuszentrale herangezogen worden. Dort habe es keine Anfrage, Äußerung oder Stornierung aufgrund der politischen Entwicklung gegeben. Aus diesen Gründen werde es keine steuerlichen Einbußen geben. Vorstellbar sei jedoch, dass die Tourismuszahlen auch in diesem Jahr etwas zurückgehen könnten. Dies habe dann aber andere Gründe. Herr Lange nennt als Beispiele u.a. die Sperrung der Rügenbrücke, Straßenbaumaßnahmen in M-V oder ggf. das Preis-Leistungs-Verhältnis. Er sei überzeugt, dass bei entsprechendem Bemühen aller Akteure die Tourismuszahlen in M-V in diesem Jahr auch wieder steigen können.

Frau Kothe-Woywode zeigt sich überrascht von der Positionierung der Hansestadt Stralsund. Sie erkundigt sich daher, ob der Zusammenhang zwischen touristischer Entwicklung und der politischen Verhältnisse durch die Hansestadt Stralsund zukünftig beobachtet werde.

Herr Dr.-Ing. Badrow sieht die Verwaltung nicht in der Verantwortung für die Wahlergebnisse. Die Ergebnisse der Tourismuszentrale werden jährlich ausgewertet. Eine wissenschaftliche Auswertung durch die Verwaltung sei nicht zielführend.

Herr Grundke verweist auf Erhebungen der DEHOGA und der IHK. Eine wissenschaftliche Auswertung durch die Hansestadt Stralsund sei nicht erforderlich.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 03.04.2025